



14. Dezember 2022

Sperrvermerk: Heute 15,30 Uhr

Rede des Fraktionsvorsitzenden OB a.D. Andreas Hesky zu TOP 1 der heutigen Regionalversammlung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Bopp,
sehr geehrter Herr Regionaldirektor Dr. Lahl,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Verabschiedung des Haushaltsplans für das Jahr 2023 fällt in unruhige Zeiten. Wenn man dies bedenkt, unterscheidet sich der Haushaltsplanentwurf 2023 wenig von Vorjahren. Ist das ein gutes Zeichen? Oder eher eines, das nachdenklich stimmt?

Sicher, es wäre falsch, alle Hebel auf „Stopp“ zu stellen oder in einer Krisenstimmung zu verharren. Dennoch muss uns klar sein, dass wir uns im VRS mit alltäglichen Problemen herumschlagen, obwohl „Zeitenwende“ das Wort des Jahres 2022 ist. Ist uns die wirtschaftliche Lage wirklich bewusst?

Wo ist die Zeitenwende im Haushalt des Verbandes?
Wir Freien Wähler können sie nicht so recht erkennen. Es wird geplant und gewirtschaftet, „wie früher“. Auf die steigenden Umlagen haben wir bereits zur Einbringung des Haushalts hingewiesen und unseren Unmut darüber zum Ausdruck gebracht.

Manche beschlossene Ausgabe lässt sich auch nicht von heute auf morgen ändern oder stoppen. Das ÖPNV-Investitionsprogramm ist mit Blick auf den Klimaschutz mit einem gigantischen Volumen auf die Schiene gesetzt worden und alle Signale stehen auf Grün. Auch wir stehen dahinter. Als es verabschiedet wurde, ging man vom Weiterbestand der damaligen Rahmenbedingungen aus. Das gilt für die Finanzierung der Investitionen genauso, wie für die Betriebskosten.

Das hat sich jedoch grundlegend geändert. Standen Fahrgeld und Beförderungsangebot bisher in einem vernünftigen Verhältnis von Leistung und Gegenleistung, wurde mit dem 9€-Ticket der Geist aus der Flasche gelassen. Und er lässt sich auch mit 49€ nicht mehr dorthin zurückbringen. Der Einstieg in eine ÖPNV-Flatrate ist gemacht. Da gibt es kein Zurück, obwohl unsere Staats- und Wirtschaftsform sich bisher von solchen steuerfinanzierten Wohltaten weitgehend ferngehalten hat.

Dass der Sündenfall von einem Ministerium mitgetragen wird oder gar dort erfunden wurde, dessen politisches Mantra das Postulat der „Freien Marktwirtschaft“ war, muss wundern. Es ist zu befürchten, dass wir ein „blaues Wunder“ erleben, wenn die Kosten den Kommunen und den Steuerzahlenden präsentiert werden.

Wunderbar ist dagegen die erfolgreiche Inbetriebnahme der Neubaustrecke. Wir freuen uns über diese bedeutende Infrastrukturmaßnahme, sind überzeugt, dass mit S21 die Begeisterung dafür noch zunehmen

wird und hoffen darauf, dass am Ende dann doch alle „eigentlich von Anfang an dafür waren“.

Dafür sind wir auch, dass der amtierende Verkehrsausschuss und diese Regionalversammlung das Ausbauprogramm für die nächsten 10 Jahre für den regionalen ÖPNV beschließt. Das muss mit Nachdruck in die Hand genommen werden, um es noch in dieser Wahlperiode unter Dach und Fach zu bringen. Das darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Die Zeit ist reif, die Entscheidungen zu vielen Projekten zu treffen, für die Untersuchungen angestoßen wurden. Sei es die Schusterbahn oder auch den Ausbau der S-Bahn nach Bondorf, um nur zwei Beispiele zu nennen. Auch ist die Südumfahrung von Wendlingen am Neckar anzupacken, um diese oberirdische eingleisige Strecke endlich aus der Ortslage herauszubekommen.

Entscheidungen brauchen wir auch bei Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Es dauert uns Freien Wählern viel zu lange mit dem Ausbau der regenerativen Energien. Wir haben beim qualifizierten Zwischenbeschluss im Jahr 2015 alle 42 Vorranggebiete mitgetragen, auch wenn es bei manchen Standorten nicht populär war.

Ich erkläre hiermit, dass wir Freien Wähler diese positive Grundeinstellung zur Windkraft jetzt - und gerade jetzt - beibehalten werden, auch wenn es nicht bequemer wird.

Es ist aber mehr als ärgerlich, dass durch die Dauer der Genehmigungsverfahren und durch die unterschiedlichen Flächenziele von Bund und Land viele unnötige Schleifen gedreht werden müssen und wieder wertvolle Zeit verloren geht, in der munter noch mehr Kohle - echte, nicht Geld - klimaschädlich verbrannt wird.

Die Priorisierung der Erneuerbaren Energien mit der Öffnung der Regionalen Grünzüge ist notwendig und richtig. Da erkennt man den Hauch einer Zeitenwende. Bis zu einer richtigen Energiewende ist es aber noch lange hin. Nicht, weil das Geld fehlt, sondern der Wille von Land und Bund, den Regenerativen echte Vorfahrt einzuräumen und die dafür notwendigen Gesetze zügig zu verabschieden.

Mit dem Antrag der Grünen, der sich erneut um den Ökostrom für die S-Bahn dreht, soll aus unserer Sicht der zum Scheitern verurteilte Versuch unternommen werden, um von Versäumnissen in Land und Bund abzulenken.

Es ist Fakt, dass zu wenige Windräder gebaut werden, vor allem nicht On-Shore. Da hilft kein „Förderprogramm mit Geldanreizen und die Zusammenarbeit mit Stadtwerken“, wie es im ursprünglichen Antrag der Grünen hieß, und auch keine Rechtsberatung, um die Frage zu klären, ich zitiere aus dem nun vorliegenden Antrag, „inwieweit der Strombedarf der S-Bahn durch Investitionen in erneuerbare Energien gedeckt bzw. kompensiert werden könnte“.

Die Antwort ist einfach: Wer in Erzeugungsanlagen von Erneuerbaren investiert, kann grünen Strom erzeugen und damit auch die S-Bahn mit grünem Strom fahren lassen. Das geschieht durch die Verrechnung in Bilanzkreisen.

Wenn Sie mir dafür 50.000 € überweisen wollen, gebe ich Ihnen nachher meine Kontonummer.

Aber der Bau von Windrädern scheitert weder an Geld noch an rechtlichem Sachverstand. Geld ist da. Verstand hoffentlich auch. Die Erzeugung regenerativer Energien ist ein lukratives Geschäft. Was fehlt sind die Flächen und der Umsetzungswille.

Weder haben es Grün/Rot zwischen 2011 und 2016 noch Grün/Schwarz seit 2016 hinbekommen, bei den

Erneuerbaren die Weichen so zu stellen, dass nicht nur davon gesprochen und geplant, sondern endlich gebaut wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, die ganze Aufregung ist doch ohnehin nicht nötig. Sie beklagen, dass der Strom für die S-Bahn „aus der Bahnsteckdose kommt“. Da können wir froh sein, denn schon heute liegt der Anteil erneuerbarer Energien am DB-Bahnstrommix bei rund 62 Prozent.

Bis 2030 soll der Ökostromanteil auf 80 % erhöht werden, bis 2040 komplett klimaneutral, auch für die S-Bahn. Selbst wenn heute beschlossen würde, ein Windrad zu bauen, dauert es rund 7 bis 8 Jahre, bis es sich dreht. Da sind wir im Jahr 2030 und wer meint, dass bis dahin so viele Windräder gebaut werden, um 80 % des S-Bahnstromes damit erzeugen zu können, wie die Bahn es von sich aus tut, der darf weiter träumen.

Ein Traum wahr werden könnte mit der Brennstoffzellenfabrik in Weilheim. Die muss in die Region. Vielleicht ist dieses Projekt ein Weckruf für eine vorausschauende Gewerbeflächenplanung.

So verstehen wir auch die drastischen Schilderungen zur Gewerbeflächensituation im Landkreis Göppingen von Ihnen, Herr Kiwitt, im zurückliegenden Planungsausschuss: „Die Gewerbeflächen sind unzureichend, eine Bedarfsdeckung nur im Bestand ist keine realistische Option, das Flächenangebot ist nur eingeschränkt mit dem Bedarf kompatibel, eine Aktivierung ist zeitkritisch - sowohl im Bestand als auch bei Neuentwicklungen“. Das sind völlig neue, aber richtige Töne.

Wie manche Kolleginnen und Kollegen aus diesem Rund daraus blauäugig die Schlussfolgerung ziehen können, dass es nun möglich ist, im Bestand loszulegen und „das hohe Lied der Branche“ singen, können wir nicht verstehen.

Da hilft auch kein Programm für nachhaltige Gewerbegebiete. Keine Brache ist deswegen ungenutzt, weil der Bus nicht fährt oder es keine RegioRadstation gibt. Auch eine LED Beleuchtung und Freiflächen für kontemplatives Verweilen werden nicht wirklich helfen. Hilfreich wäre es, die Realität zu erkennen und zu akzeptieren, dass Vorbeugen besser ist als Heilen, will sagen, rechtzeitig ausweisen, als später unter Druck von einzelnen Grundstückseigentümer:innen abhängig zu sein.

Da wünschen wir uns auch eine Zeitenwende, denn vermutlich gelten viele dieser Erkenntnisse aus den Gewerbeflächen ebenso für Wohnbauflächen. Auch hier stand der VRS trotz wiederholten Mahnungen zu lange auf der Bremse.

Die eingebrachten Haushaltsanträge haben einen guten Entwurf noch besser gemacht. Dabei mithelfen soll auch unser für heute eingebrachter Antrag, die weiteren Stellen und die zusätzlichen Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit zu streichen.

Es ist aus unserer Sicht nicht die Zeit für einen Stellenausbau, wenn viele Kommunen und Landkreise ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen können und Defizite gewärtigen müssen, an dem wir eingedenk der Umlagen des Verbandes durchaus Mitverantwortung tragen.

Wir Freien Wähler anerkennen die sehr gute Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes. Ein Lob den Beschäftigten. Unsere Bereitschaft, manche Publikation und Broschüre aufzugeben, besteht.

Auch halten wir es für richtig, keine eigenen Veranstaltungen anzusetzen, sondern uns als Verband an Veranstaltungen von Kreisen und Kommunen zu beteiligen, in denen regionale Themen angesprochen werden.

Daher wollen wir ein Zeichen der Solidarität und des Erkennens setzen, wie es Kommunen und Kreisen geht, die die Rechnung für unsere Politik zu bezahlen haben, und bitten um Zustimmung.

Zustimmen werden wir Freien Wähler dem Haushalt 2023. Damit verbunden ist unser Dank an das Team der Geschäftsstelle, das erkennbar gut zusammenarbeitet, immer ansprechbar und hilfsbereit ist. Ihnen und Ihnen allen wünsche ich im Namen der gesamten Fraktion gesegnete Weihnachten und ein gesundes, erfolgreiches und vor allem friedvolles neues Jahr 2023.

Ihre Ansprechpartner

Fraktionsvorsitzender und für den Rems-Murr-Kreis

Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen

andreas.hesky@outlook.de

+49 151 18048008

Pressebeauftragter der Fraktion

Oberbürgermeister a.D. Alfred Bachofer
Im Gänslesgrund 10
72622 Nürtingen
Fon 07022/47 09 09
Mail alfred@bachoferonline.de
www.freiewaehler.de